

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	132
		TOP:	4b
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	24.10.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	Frau Grigsby (SozA) und Frau Boll-Simmler (ELW)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	"Schwerpunkt Pflege - Personalmangel begegnen u. besondere Bedarfe berücksichtigen", - gemeins. Antrag Nr. 291/2022 vom 20.09.2022 (90/GRÜNE, Die FrAKTION, PULS), - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-
anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht.
Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Dieser Tagesordnungspunkt wird sowohl im öffentlichen als auch im nicht öffentlichen
Teil (siehe heutige Niederschriftsnummer 136) der heutigen Sitzung des Sozial- und
Gesundheitsausschusses behandelt. Öffentlich werden die Ziffern 1 und 3 des Antrags
erörtert, nicht öffentlich die Ziffer 2.

Frau Grigsby (SozA) informiert die Ratsmitglieder analog der Präsentation über die Per-
sonalsituation in der Pflege und den bis zum Jahr 2030 prognostizierten Personalbedarf
sowie über die Auswirkungen der generalistischen Pflegeausbildung. Frau Grigsby er-
klärt, dass noch aktuellere Zahlen bezüglich Pflegeeinrichtungen und Personal im Pfl-
gedienst im ersten Quartal 2023 erwartet werden. Die Entwicklung der vergangenen
Jahre zeige aber eine stetige Zunahme der Angebote und der Beschäftigten im Bereich
der Pflege. Allein im ambulanten Bereich sei die Zahl der Pflegedienste in Stuttgart von
68 im Jahr 2019 auf 111 im Jahr 2022 angestiegen.

Anschließend berichtet Frau Boll-Simmler (ELW) ebenfalls im Sinne der Präsentation zu den Angeboten des Eigenbetriebs Leben und Wohnen im Bereich Pflege für besondere Bedarfsgruppen. Auf die Gruppe der wohnungslosen Menschen mit Pflegebedarf eingehend, benennt die Verwaltungsmitarbeiterin einen derzeit ungedeckten Bedarf von 40 Plätzen.

Im Verlauf der Aussprache weisen die StRinnen Rühle (90/GRÜNE) und Dr. Hackl (SPD) darauf hin, dass angesichts des demografischen Wandels künftig auch im Bereich der Pflege für besondere Bedarfsgruppen mit einem steigenden Bedarf gerechnet werden müsse. StRin Dr. Hackl und im Folgenden auch StRin Schumann (PULS) regen in diesem Zusammenhang eine engere Kooperation mit Trägern der Behindertenhilfe und eine bessere Unterstützung der Träger an, um die Platzkapazitäten zur Betreuung von Menschen mit einer Behinderung und einem Pflegebedarf im ambulanten und stationären Bereich langfristig zu erhöhen. Es müsse in diesem Kontext auch damit gerechnet werden, dass künftig vermehrt auch Personen mit besonderen Bedarfen aus dem Umland in Stuttgart betreut werden müssten.

StRin Rühle richtet ihrerseits den Blick auf wohnungslose Frauen mit einem Pflegebedarf und plädiert für einen Ausbau der Betreuungsplätze bspw. in Wohngemeinschaften für diese Zielgruppe. Ähnlich äußert sich im Folgenden auch StRin Durst (CDU).

Frau Boll-Simmler bestätigt den vorhandenen Bedarf bei wohnungslosen Frauen. Der ELW habe bereits Gespräche mit dem Liegenschaftsamt geführt, mit dem Ziel, eine Pflege-Wohngemeinschaft für diese Zielgruppe im Stuttgarter Westen zu realisieren. In diesem Zusammenhang macht die Verwaltungsmitarbeiterin darauf aufmerksam, dass Planungen für Pflege-Wohngemeinschaften nicht selten an der schwierigen Immobiliensuche scheitern würden. Für Pflege-WGs gebe es sehr enge räumliche Vorgaben. Ferner bestünden auch noch offene Finanzierungsfragen, bspw. bezüglich der Sicherstellung der Betreuung in einer trägergestützten Pflege-WG.

Auf die allgemeine Situation im Bereich der Pflege eingehend, bezeichnet StRin Rühle den bis zum Jahr 2030 prognostizierten hohen Personalbedarf von 11.730 Beschäftigten als "besorgniserregende Zahl". Bereits heute müssten daher Maßnahmen ergriffen werden, damit die Pflege in Zukunft nicht von einem gravierenden Personalmangel betroffen ist.

Im Weiteren begrüßt die Stadträtin die Zunahme der Angebote und Pflegedienste im ambulanten Bereich, erklärt jedoch auch, dass ambulante Angebote die stationäre Pflege nicht komplett ersetzen könnten, weshalb auch in diesem Bereich ein Ausbau notwendig sei. In diesem Zusammenhang erkundigt sich die Stadträtin, warum die Anzahl der verfügbaren Plätze in den Pflegeheimen im Stadtkreis Stuttgart seit dem Jahr 2013 abgenommen habe, während die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist.

Ferner äußern die StRinnen Rühle und Durst Bedauern und Unverständnis hinsichtlich dessen, dass im Bereich der Pflege in Stuttgart die Teilzeitausbildung noch nicht angeboten werde. In Zukunft müsse dieses Angebot eingerichtet werden, und es müssten die noch bestehenden Herausforderungen im Hinblick auf die generalistische Pflegeausbildung mit allen Beteiligten gelöst werden, um den mittel- und langfristig benötigten Personalbedarf decken zu können.

Ähnlich äußert sich diesbezüglich auch StRin Dr. Hackl. Sie verweist darauf, dass einige Träger den hohen personellen Aufwand für die Ausbildung scheuen würden und hier dringend Abhilfe in Form von konkreten Maßnahmen zur Aufwandsverringerung notwendig sei. Gleichzeitig müssten Ausbildungsabbrüche und ein weiterer Anstieg nicht besetzter Ausbildungsstellen verhindert werden. Für die oftmals hohe Arbeitsbelastung in der Praxis und das Problem, dass häufig keine durchgängige Praxisanleitung gewährleistet werden könne, müssen Lösungen gefunden werden. Auch sei künftig eine noch bessere Information von Auszubildenden oder Interessierten beispielsweise an Schulen über die Abläufe und Möglichkeiten im Rahmen der generalistischen Pflegeausbildung wünschenswert. Frau Grigsby erwähnt hierbei, dass es bereits Pläne für eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit gebe, um die Zahl der Auszubildenden in der Pflege zu steigern.

Bezugnehmend auf den geplanten trägerübergreifenden Ausbildungsverbund begrüßt StRin Dr. Hackl diese Maßnahme und betont, dass sichergestellt werden müsse, dass möglichst viele Träger erreicht würden. Dies teilt im weiteren Verlauf auch StRin Durst. Sie erklärt, dass eine durchgängige Praxisanleitung sichergestellt werden sollte, um Abbrüche von Ausbildungen zu vermeiden. Zudem müssten ambulante Pflegedienste, die Ausbildungsstellen anbieten, künftig besser unterstützt werden.

Darauf eingehend, berichtet Frau Grigsby, dass viele der ambulanten Pflegedienste, zu denen sie Kontakt hatte, derzeit aus personellen Kapazitätsengpässen darauf verzichten würden, Ausbildungsstellen anzubieten, gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt aber Azubis aufnehmen wollten. Manche Dienste seien hingegen schlichtweg zu klein, um selbst auszubilden, könnten sich aber vorstellen, als Praxiseinsatzstelle zur Verfügung zu stehen.

Im gleichen Kontext äußert StRin Müller-Enßlin (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) die Einschätzung, dass in Zukunft ein weiterer Ausbau der kleineren mobilen Pflegedienste notwendig sei, um den älteren Menschen ein längeres Verbleiben in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen. Mit diesem Thema müsse sich auch der ELW beschäftigen, um sein Angebot in diesem Bereich zu erweitern. Ferner plädiert die Stadträtin für einen Ausbau von Pflegeangeboten in kleineren Wohngruppen oder Pflege-Wohngemeinschaften.

In diesem Kontext berichtet Frau Boll-Simmler über die Planungen zum Ausbau des ambulanten Dienstes in der Tagespflege an der Rohrer Höhe.

StRin Schumann macht im Folgenden in ihrer Wortmeldung auf die Personalprobleme ambulanter Pflegedienste aufmerksam.

Auf die Wortmeldungen der Ratsmitglieder eingehend, erklärt Frau Grigsby, dass keinesfalls der Eindruck entstehen dürfe, als gebe es bei der praktischen Pflegeausbildung in der Generalistik gravierende Probleme. Die Generalistik biete den Auszubildenden viele Chancen und Möglichkeiten, auch hinsichtlich der Weiterentwicklung nach der Ausbildung. Dennoch gebe es an manchen Stellen, z. B. bei der Praxisanleitung, noch Strukturen, die in Zukunft nachgeschärft werden müssten. In diesem Zusammenhang betont die Verwaltungsmitarbeiterin die Wichtigkeit der städtischen Unterstützungsleistung insbesondere für die kleineren Träger durch den geplanten trägerübergreifenden Ausbildungsverbund. Der Verbund befinde sich derzeit in der Konstituierungsphase, es

würden notwendige Strukturen und Ziele festgelegt. Es sei gelungen, bereits zahlreiche Beteiligte aus unterschiedlichen Sparten für die Mitarbeit zu gewinnen.

Im Folgenden betonen auch Frau Grigsby und BMin Dr. Sußmann die Notwendigkeit, im Rahmen der Pflegeausbildung künftig auch die Möglichkeit zur Teilzeitausbildung zu schaffen, nicht zuletzt, um bspw. erziehende Frauen anzusprechen. BMin Dr. Sußmann sagt zu, in einen Austausch mit den Trägern zu gehen, um gemeinsam zu überlegen, wie das Thema vorangetrieben werden könnte.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder durch Frau Grigsby, Frau Boll-Simmler und Herrn Bischoff (ELW) beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt
ELW

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Amt für Revision
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand